

# Die Strategie der Verunsicherung

25.10.2017

BERLIN/LONDON (Eigener Bericht) - Nach dem jüngsten EU-Gipfel in der vergangene Woche debattieren angelsächsische Medien verunsichert über die Haltung Berlins zum britischen EU-Austritt ("Brexit"). Die bislang weit verbreitete Meinung, dass Kanzlerin Angela Merkel dem Vereinigten Königreich mit Rücksicht auf die massiven deutschen Wirtschaftsinteressen in dem Land einen guten Deal anbieten werde, weicht einer neuen These von Kommentatoren schließen nicht mehr aus, dass Berlin einen "harten" Brexit vorzieht, um große Teile der in Großbritannien angesiedelten Export- und Finanzindustrie auf das europäische Festland zu locken. Deutsche Medien befeuern diese Furcht. Die britischen Ängste vor einem Massenexodus insbesondere der Londoner Finanzbranche stellen in den Verhandlungen den "größten Hebel" dar, mit dem die Bundesrepublik ihre Forderungen durchsetzen könne, heißt es. Die deutschen Forderungen umfassen unter anderem eine Austrittszahlung in Höhe von bis zu 90 Milliarden Euro.

## "Riskantes Kalkül"

In angelsächsischen Medien wird derzeit die Haltung der Bundesregierung in den stockenden Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU, den sogenannten Brexit, diskutiert. Kritiker in Großbritannien hätten lange "ihr Haus darauf verwettet", dass Berlin dem Vereinigten Königreich dabei helfen werde, einen "Ausstieg und einen Freihandelsdeal" mit der EU zu guten Konditionen zu schließen, heißt es in einem führenden britischen Wirtschaftsblatt.[1] Hintergrund dieser Hoffnungen ist das massive Interesse der deutschen Wirtschaft an gedeihlichen Beziehungen, da Großbritannien zweitwichtigster Investitionsstandort - nach den USA - und dritt wichtigster Kunde deutscher Unternehmen ist (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Mit Blick auf die Blockadehaltung der EU vor dem Gipfeltreffen Ende letzter Woche heißt es nun verunsichert, bei der Überlegung handle es sich um ein "riskantes Kalkül". Schon der frühere britische Premier David Cameron habe Merkels Politik im Vorfeld des Brexit-Referendums falsch eingeschätzt.

## Kostenneutraler Brexit

Finanzkommentatoren geben sich dennoch verhalten optimistisch. Bundeskanzlerin Angela Merkel konzentriert sich allem auf einen "kostenneutralen" Brexit an, heißt es; sollte ein solcher möglich sein, dann stehe der Übergang der Verhandlungen in die nächste Phase im Dezember nichts mehr im Wege. Die Signale des jüngsten EU-Gipfels in der vergangenen Woche deuteten ebenso darauf hin wie die Tatsache, dass ein Papier aus dem Auswärtigen Amt bekannt wurde, in dem es heißt: "Wir teilen den Wunsch des Vereinigten Königreichs, nach seinem Austritt eine enge Partnerschaft mit der EU zu sichern, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen umfasst." [3] Auch wenn unklar sei, was die "tiefe und spezifische Partnerschaft" bedeuten solle, von der nun die Rede sei, sei es doch unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung den deutschen Handelsüberschuss von 50,4 Milliarden Euro allein im Jahr 2017

Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts - durch einen "harten", unregelmäßigen Brexit gefährdet. Überdies schätzten, so heißt es, einige Beobachter in London den wahrscheinlichen Eintritt der zukünftigen Regierungskoalition in Berlin als positiv ein, da es in der Partei starke eurokritische Tendenzen gebe.

## "Keep calm and move to Berlin"

US-Medien sind bei der Einschätzung der Chancen Großbritanniens auf einen vorteilhaften Austritt aus der EU hingegen weitaus skeptischer. Die Hoffnungen, die in London in Merkel gesetzt wurden, seien heißt es in Kommentaren; es sei eher unwahrscheinlich, dass die Kanzlerin Großbritannien davon abhalte, "in den Abgrund des Brexit" zu fallen.[5] In der britischen Hauptstadt herrsche in dieser Hinsicht die Tendenz vor, die entscheidende "Position Deutschlands zur EU fundamental misszuinterpretieren. Brexit-Befürworter sich darauf verließen, dass Berlin deutsche Wirtschaftsinteressen wahren müßte, ignorierten sie, dass deutsche "Politiker und Industriebosse" eindeutige Signale sendeten, die auf einen "harten" Brexit ohne Freihandelsvertrag hindeuteten. Selbst nach den verhaltenen Entspannungsbemühungen auf dem letzten EU-Gipfel [6] sei ein fundamentales Einlenken Berlins kaum zu erwarten: Es liege politisch noch ökonomisch im langfristigen strategischen Interesse Berlins, London einen Deal zu ermöglichen, der es ihm erlaube, "auf zwei Hochzeiten zu tanzen". Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung der FDP seien ohnehin verfehlt. Nicht umsonst habe die Partei kurz nach dem Referendum Werbefahrzeuge in London gemietet, die Unternehmen und Startups dazu aufforderten, nach Berlin umzuziehen: "Keep calm and move to Berlin."

## Hoffnung auf Abwanderung

Demnach würde sich für Berlin die Abwanderung von Unternehmen und Konzernen von den britischen Inseln nach Deutschland, die im Zuge eines "harten" und chaotischen Brexit ohne Freihandelsvertrag erfolgen könnte, als einträglicher erweisen als der Handelsüberschuss, den Deutschland mit Großbritannien erwirtschaftet. Nicht wenige internationale Konzerne haben das Vereinigte Königreich als Standort gerade deswegen gewählt, weil sich dort niedrige Unternehmenssteuern mit dem uneingeschränkten Zugang zum EU-Markt verbanden; die Anziehungskraft des Landes als Wirtschaftsstandort beruht auch auf seiner EU-Mitgliedschaft. Bereits jetzt hat der größte deutsche Unternehmerverband, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), eine Taskforce eingerichtet und seine Mitgliedsunternehmen demonstrativ öffentlich aufgefordert, Notfallpläne für einen chaotischen Brexit auszuarbeiten.[7] Städte und Regionen in der EU hoffen bereits darauf, im Falle eines "harten" Brexit von der Abwanderung von Unternehmen aus Großbritannien zu profitieren; das gilt etwa für das Finanzzentrum Frankfurt am Main. Ähnliche innereuropäische Auseinandersetzungen sind bereits aus dem Streit um die Verteilung von Arbeitsplätzen in England befindlichen EU-Institutionen bekannt, die nach dem Brexit auf dem europäischen Festland angesiedelt werden müssen.

## Der "größte Hebel"

Meinungsbildende deutsche Medien heizen die Stimmung an. So heißt es, die Unternehmen auf den britischen Inseln würden "mit jedem Tag nervöser, den ein chaotischer, unregelmäßiger Austritt näher rückt". Die drohende Abwanderung von Finanzkonzernen bilde den "größten Hebel" der EU in den Verhandlungen. Auch kehrten "Arbeitsplätze und Produktionsstätten, die erst einmal weg sind, ... nicht mehr wie gewohnt zurück. Tatsächlich schadet die Verunsicherung Großbritannien, während sie Deutschland nutzt. Indem

möglichst lange aufrechtzuerhalten sucht, will es London zu weitestgehenden, auch finanziellen Zugeständnissen nötigen. In Berichten heißt es über die Summe, die Großbritannien beim Austritt hat, "irgendwo" zwischen 60 und 90 Milliarden Euro liege "die Zone, in der London am Ende landen muss".[10] Nicht zuletzt dient die Verunsicherung der Bundesregierung auch bei ihrem Bemühen die Eurozone zusammenzuhalten: Ein "weicher" Brexit, der sich für London ökonomisch rentiert, könnte schnell Nachahmer motivieren, zumindest den Euro zu verlassen - denn inzwischen hält nur die , den sozioökonomischen Folgen eines Euroaustritts viele Länder im Währungsgebiet noch auf Kl

[1] Sebastian Payne: Opinion today: Will Germany save Brexit? ft.com 23.10.2017.

[2] S. dazu Ein gefährliches Spiel (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7252/>).

[3] Brian Parkin, Birgit Jennen: Germany Drafts Outline of EU-U.K. Ties Post-Brexit, Paper Shows. bloomberg.com 16.10.2017.

[4] Wolfgang Munchau: Germany's financial squeeze offers Brexit hope. ft.com 22.10.2017.

[5] Nina Schick: Angela Merkel won't stop Britain falling off a Brexit cliff edge. cnn.com 20.10.2017.

[6] The Guardian view on the EU summit: a decent 24 hours for Theresa May. theguardian.com 20.10.2017.

[7] John O'Donnell: German industry group preparing for hard Brexit. uk.reuters.com 06.09.2017.

[8] Frank Stocker: Ansturm der Banker - Frankfurt fürchtet eine Blase. welt.de 04.09.2017.

[9], [10] Thomas Gutschker: Ohne Qualen geht es nicht. faz.net 22.10.2017.





© German News Information GmbH

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com) (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

